

Oberderdingen, im Februar 2026

Haushaltsrede der CDU-Fraktion der Stadt Oberderdingen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nowitzki,
sehr verehrte Damen und Herren der Verwaltung und der
Presse,
liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerschaft,

wir legen heute einen Haushalt vor, der in einer der schwierigsten
Phasen der vergangenen Jahre verabschiedet wird. Wir befinden uns in
einer Situation aus stagnierender Wirtschaftslage, explodierender Kosten
und bürokratischer Hürden, und dies mitten in einer Zeit multipler Krisen.
Die Zeiten der sprudelnden Steuereinnahmen sind vorerst vorbei.

Wirtschaftssituation & Insolvenzen

Zwischen 2021 und 2023 haben rund 1.300 Unternehmen in
Deutschland mit mehr als 50 Beschäftigten Funktionen ins Ausland
verlagert. Betroffen sind vor allem die Automobilindustrie (VW, Audi, ZF),
Chemie (BASF), der Maschinenbau und Zulieferer (Conti, Michelin). Die
Gründe sind uns alle bekannt.

- Gestiegene Energiepreise und Lohnkosten in Deutschland.
- Schwierigkeit, qualifiziertes Personal zu finden
- Hohe bürokratische Hürden und Umweltauflagen.
- US-Zölle

Weiter, weiter belegen Umfragen in der Industrie, dass die Zahl der
Unternehmen mit Umstrukturierungs- und Abwanderungsplänen noch
immer sehr hoch ist.

Die Verlagerung von Unternehmen und die Schwächung des Standorts
Deutschland ist ein zentrales und ernstes Thema in allen aktuellen
Haushaltsdebatten. Die Wirtschaftskrise, die seit 2022 bis heute anhält,

ist gekennzeichnet durch Rezession und strukturelle Probleme, und sie führt zu einer besorgniserregenden Deindustrialisierung.

Das **Statistische Bundesamt teilt mit:** Allein im November 2025 haben die Amtsgerichte in Deutschland 1.794 Anträge auf Unternehmensinsolvenzen registriert.

Die **Deutsche Industrie- u. Handelskammer** rechnet für das Gesamtjahr 2026 mit deutlich mehr als 23.000 Unternehmensinsolvenzen – also mehr als 60 Betriebsaufgaben pro Tag.

Diese **Gesamtwirtschaftliche Entwicklung** bedeutet nicht nur Verlust von unternehmerischem Herzblut und Innovationsgeist, sondern auch viele verlorene Arbeitsplätze, ausbleibende Investitionen und eine Schwächung ganzer Regionen. Mehr als jeder zweite Arbeitnehmer fürchtet den Verlust des Arbeitsplatzes. Das Vertrauen in die Wirtschaft schwindet.

Zu unserer Region:

Die **BSH Hausgeräte GmbH (Bosch)** plant, das Traditions-Werk-Neff in Bretten bis zum Frühjahr 2028 zu schließen, wovon ca. 980 bis 1.000 Arbeitsplätze betroffen sind.

Die **BNN** schreibt am 07.02.2026: **Blanc & Fischer** streicht rund 180 Stellen in Oberderdingen und gibt seine Industriesparte Enox auf.

Die wirtschaftliche Flaute in Deutschland ist in unserer Stadt, ist in Oberderdingen angekommen.

Was sind die Folgen für unseren Haushalt?

- **Steuerausfälle:** Weniger Unternehmen und weniger Beschäftigung führen zu geringeren Einnahmen bei der Gewerbe- und Einkommensteuer.
- **Sozialsysteme:** Durch den Stellenabbau steigen die Belastungen für die Arbeitslosenversicherung, die Kommunen müssen mehr Hilfe für den Lebensunterhalt bedürftiger Personen leisten.
- **Steigende Transferleistungen:** Die Finanzierung von Pflichtaufgaben der Kommunen im Bereich Öffentliche Sicherheit u. Ordnung, Soziales u. Bildung, Infrastruktur, Umwelt und Verwaltung, wird durch die geringere Wirtschaftsleistung deutlich schwieriger. Da bleibt wenig übrig für freiwillige Leistungen.

Die Mittel zur Finanzierung unserer Aufgaben sind knapp, auch wenn jetzt aktuell z.B. die **Kreisumlage** nicht wie geplant auf 34%, sondern lediglich auf 33% festgelegt wurde. Diese Entscheidung reduziert unsere geplanten Aufwendungen um 220 T€.

Die **Gewerbesteuereinnahmen** sind aufgrund der oben geschilderten Wirtschaftssituation äußerst volatil und von Unsicherheit geprägt, doch wurden diese für 2026 wieder, wie im Vorjahr, in Höhe von 5Mio € eingestellt.

Aufgrund der Steuerschätzung vom Oktober 2025 wird basierend auf inflationären Effekten mit höheren **Einkommen- und Umsatzsteuererträgen** für Kommunen in Deutschland gerechnet, somit ist unser Gemeindeanteil sogar deutlich höher im Haushalt eingeplant als im Vorjahr.

Und trotzdem, trotzdem wies der **Gesamtergebnishaushalt** der Stadt Oberderdingen in den Vorberatungen ein Minus in Höhe von 2,690 Mio. € aus.

Nach Beratung und Überarbeitung des Vorentwurfs, konnten nun rund 770 T€ bei den Personalkosten, den Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen und durch die bereits erwähnte niedriger ausgefallene Kreisumlage eingespart werden. **Das Ordentliche Ergebnis steht nun bei Minus 1,92 Mio. €.**

Sie sehen, trotz aller Bemühungen um Einsparungen, weisen wir immer noch ein negatives ordentliches Ergebnis aus, und damit reihen wir uns in die 80% aller Deutschen Kommunen mit einem Defizit ein.

Bereits seit 2024 wiesen vier von fünf Kommunen ein Defizit im ordentlichen Ergebnis auf und man rechnet mit einer weiteren Verschärfung. Die kommunale Finanzlandschaft steht flächendeckend unter Druck. Der Investitionsstau ist überall spürbar.

Das heißt: Unsere laufenden Einnahmen decken die laufenden Ausgaben nicht mehr. Und besonders schmerzhaft ist, dass wir die **Abschreibungen nicht erwirtschaften.**

Das bedeutet: Wir verzehren unsere Infrastruktur, ohne das Geld für deren Erneuerung aufzubringen. Wir verwalten den Verschleiß. Dies ist eine schleichende Substanzvernichtung, die wir uns als generationengerechte Verwaltung nicht leisten dürfen.

Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG)

Kommt da das **Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz (LuKIFG)** gerade richtig?

Das Ziel dieses Gesetzes ist die Behebung des Investitionsstaus, Förderung der Wirtschaftskraft und Infrastruktur, insbesondere bei Bau und Digitalisierung. Baden-Württemberg erhält einen Anteil von ca.13,15% (rund 8,77 Mrd. Euro). Die Mittel fließen in kommunale Infrastruktur wie Schulen, Verkehr, Betreuung usw.,wobei die Abwicklung über einfachere Verwaltungsvorschriften erfolgen soll.

Ist das LuKIFG eine Zukunftschance oder nur ein Tropfen auf den heißen Stein?

Reichen diese schuldenfinanzierten Sonderinvestitionsmittel des Bundes aus, um die Talfahrt der Kommunalen Finanzen aufzuhalten?

Oberderdingen bekommt **7,65 Mio. € LuKIFG** Mittel für förderfähige Investitionen, die in den **nächsten 12 Jahren** abgerufen werden können. Diese Mittel sind im Haushalt für folgende zukünftige Investitionen anteilig zu den Gesamtkosten eingeplant:

Neubau einer **2-Feld Sporthalle**, **Neubau Kindergarten Großvillars**, **Sanierung Aschingerhalle**, **Erweiterung bzw. Sanierung der Leopold Feigenbutz Realschule** (bei der LFR sind die Kosten allerdings noch nicht bekannt).

Die Investitionssumme dieser mehrjährigen Vorhaben beträgt ohne die Kosten für die LFR bereits **18,1 Mio. €**.

Es stellt sich für uns die Frage, wie stemmen wir den Eigenanteil?

Das LuKIFG sieht vor, dass der Bund bis zu 90 Prozent der förderfähigen Kosten übernimmt. Das klingt gut. Aber 10 Prozent Eigenanteil von einer riesigen Investitionssumme müssen erst einmal aufgebracht werden. Auch die Verteilung dieser Mittel auf die jeweiligen Projekte ist zu berücksichtigen.

Z.B. betragen die Kosten für den Bau der 2-Feld Sporthalle nach Kostenplanung der Architekten 8Mio €, aus LuKIFG Mitteln sind im Haushalt für dieses Projekt 3 Mio. € eingeplant. Eigenanteil 5 Mio. €.

Zusammengefasst lässt sich sagen:

Bei uns stehen im Haushalt der nächsten Jahre den **18,1 Mio. € Invest** (zuzgl. der Kosten für die Sanierung der LFR), **LuKIFG Mittel in Höhe von 7,65 Mio. €** gegenüber. Somit verbleibt ein **Eigenanteil von über 11 Mio. €**.

Wir finanzieren unsere Investitionen überwiegend durch eine Mischung aus eigenen Steuereinnahmen (Gewerbe- und Grundsteuer), Zuweisungen von Bund und Ländern, sowie der Aufnahme von Krediten.

Nun zurück zu den Fragen:

- Reichen die LuKIFG Mittel aus?
- Wie stemmen wir den Eigenanteil?

Nein, die LuKIFG Mittel reichen nicht aus.

Und, der oben erwähnte Eigenanteil kann von der Stadt Oberderdingen nicht erbracht werden.

Um unsere notwendigen Investitionen doch durchführen zu können, **bedarf es weiterer Finanzhilfen von Land und Bund**, wie z.B. das Sport2026-Projekt. Nur wenn weitere Zuweisungen und Fördermittel fließen, können wir unseren Eigenanteil stemmen.

Außerdem benötigen wir neben den Mitteln aus Bund und Land dringend eine **Strukturreform der Kommunalfinanzen**, die es uns Kommunen ermöglicht, aus eigener Kraft zu investieren.

Zurück zum Haushalt 2026

Das **Investitionsprogramm** unserer Stadt plant für das Jahr 2026 einschließlich der außer Haus Finanzierungen, Auszahlungen in Höhe von **8,122 Mio. €**.

Es sind beispielsweise für das **Grundstücksmanagement 500T€** eingeplant.

500T€, um mit Weitsicht handeln und Grundstücke als Zukunftsressource für die Stadt erwerben zu können.

Grund und Boden sind in unserer Gemeinde unser wertvollstes, aber auch endliches Gut. Jeder Quadratmeter, den wir heute verplanen, bebauen oder verkaufen, prägt das Gesicht unserer Stadt über Generationen. Ein aktives, strategisches Grundstücksmanagement ist daher weit mehr als nur Immobilienverwaltung – **es ist die aktive Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft**. Stillstand ist hierbei die teuerste Option, denn Flächen, die wir heute nicht klug ordnen, fehlen uns morgen.

Doch wir wissen auch aus der Vergangenheit, 500T€ werden hierfür nicht reichen.

Für weitere Maßnahmen sind im Haushalt 2026, für die neue **Sporthalle im Schulzentrum** 800T€, für **städtebauliche Sanierungsmaßnahmen** 1,6 Mio. €, für die **Kinderbetreuung** 400T€, für das **Straßenbauprogramm** ca. 300 T€,

sowie für die **außer Haus finanzierten Erschließungsmaßnahmen neuer Baugebiete und Schaffung von Wohnraum im Innenbereich**, und dazu gehören das Gebiet Kirchberg West u. Weinstraße 19+21, 1,850 Mio. €, eingestellt.

Was stehen diesen Auszahlungen für Einzahlungen gegenüber?

Natürlich die oben erwähnten **außer Haus Finanzierungen**, die nicht über den Kernhaushalt abgewickelt werden. Doch auch diese Finanzierungen sind Verbindlichkeiten der Stadt und es entstehen laufende Kosten.

Weiterhin, weiterhin rechnet Oberderdingen für **2026 mit Einzahlungen aus Investitionszuwendungen**, Zuweisungen und Zuschüssen von Bund und Land inkl. einem Teil der LuKIFG Mittel mit einer Summe von 2,372 Mio. €.

Daneben sollen **Grundstückserlöse** in Höhe von 3 Mio € die Investitionen mit ermöglichen. Doch auch hier bleibt eine Unsicherheit. Der Verkauf von städtischen Grundstücken gestaltet sich in der heutigen Zeit als anspruchsvoll. Die Marktlage ist zwar geprägt von einer hohen Nachfrage nach Wohnraum, doch dies bei gleichzeitigem Rückgang der Kaufbereitschaft aufgrund hoher Zinsen und Baukosten. Immer weniger Kaufinteressenten können sich die Finanzierung einer eigenen Immobilie leisten.

Was bleibt, ist ein **fremd zu finanzierendes Investitionsvolumen** in Höhe von 850 T€ für den Kernhaushalt. Doch klar ist auch, dass die Zeiten der Nullzinsen vorbei sind. Die gestiegenen Zinsen machen neue Investitionen teurer und belasten den Ergebnishaushalt nachhaltig.

Die Liquidität im diesjährigen Haushalt soll den restlichen Bedarf im Gesamtfinanzhaushalt von ca. 340 T€ auffangen.

Positiv ist hervorzuheben, dass mit dieser Kreditneuaufnahme und den geplanten Tilgungen unserer bestehenden Darlehen **keine Nettoneuverschuldung** vorgesehen ist.

Doch lassen Sie uns eines klarstellen, dies funktioniert nur, wenn alle geplanten Zahlen auch eintreffen.

Fazit:

Krisen wirbeln die gewohnten Strukturen durcheinander. Sie gehen einher mit Angst, Unsicherheit und das Gefühl, die Kontrolle zu verlieren. Wir müssen uns mit der Gefahr bewusst auseinandersetzen.

Aber – und das ist der entscheidende Punkt meiner Rede – eine Krise ist eben nicht nur das Ende, nein, sie zwingt uns zum Innehalten und genau in dieser Unterbrechung liegt der Keim für etwas Neues.

Wir alle müssen handeln:

Unsere Politik ist gefordert,

den Standort Deutschland durch drastische und schnelle Maßnahmen wieder attraktiv zu machen.

Dazu gehört es nun **endlich** die folgenden Handlungsfelder aufzugreifen und gegenzusteuern:

- **Senkung der Energiekosten** und Ausbau des Energieangebots.
- **Entbürokratisierung** und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren.
- **Steuerliche Entlastungen** und Senkung der Sozialabgaben.
- **Investitionen in Infrastruktur** und Innovationen.

Wenn diese Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, für die Unternehmen stimmen, wird auch die Gewerbesteuer wieder stabil in die Kassen der Kommunen fließen.

Unsere Politik ist gefordert,

Aufgrund der angespannten Haushaltslage eine **Neuausrichtung der Finanzbeziehungen** zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu erarbeiten und

Zuweisungen und **Fördergelder** für Infrastrukturprojekte zu generieren, denn nur dann sind wir fähig, unseren Eigenanteil für notwendige Investitionen bei der aktuellen Haushaltssituation zu stemmen.

Wir sind gefordert,

jede Ausgabe zu hinterfragen, dabei die Pflichtaufgaben nicht zu vernachlässigen und bei freiwilligen Leistungen genauer hinzuschauen. Wir müssen eventuell über Kürzungen sprechen, die die Menschen in unserer Gemeinde direkt betreffen.

Wir sind gefordert,

jede Investition, jedes Projekt auf die Notwendigkeit zu überprüfen, genau zu kalkulieren, ob auch nach LuKFIG und sonstigen Zuschüssen unser Eigenanteil finanzierbar ist.

Wir sind gefordert,

auch mal unbequeme Entscheidungen zu treffen, die wehtun, sei es ein Projekt, das uns am Herzen liegt, zu verschieben, oder gar zu verwerfen. Investitionen müssen dem folgen, was finanzierbar ist.

Die Verwaltung ist gefordert, stets nach Einnahmequellen Ausschau zu halten. Den Fokus auf spezifische Förderprogramme zu richten und durch schnelles Handeln, die Optimierung unserer Finanzsituation durch aktive Haushaltsentlastung zu erzielen.

Die Verwaltung ist gefordert, uns in der aktuellen Situation noch umfassender und noch häufiger den notwendigen Überblick über die Finanzen zu verschaffen, indem sie uns laufend den aktuellen finanziellen Stand unserer geplanten Projekte aufzeigt und auch die Liquiditätssituation regelmäßig präsentiert.

Die Verwaltung ist gefordert, uns Gemeinderäte in diesen herausfordernden Zeiten enger mit einzubinden und das Wir-Gefühl zu stärken. Transparenz und partnerschaftlicher Austausch, das sind die Schlüssel zur Stärkung unseres gemeinschaftlichen Wirkens.

Am Schluss meiner Haushaltsrede noch das folgende chinesische Sprichwort:

"In einer Krise sollte man sich der Gefahr bewusst sein – aber auch die Chance erkennen."

Unser Haushalt investiert in die Zukunft, wo es absolut notwendig ist. Er ist ein Aufruf zu mehr wirtschaftlicher Vernunft und zur Verteidigung unserer Infrastruktur. Allerdings:

Investitionen müssen dem folgen, was finanzierbar ist

Die CDU-Fraktion bedankt sich bei unserem Kämmerer Herrn Dieter Motzer, seinem Stellvertreter Herrn Marco Kremser und dem Team der Finanzverwaltung. Sie haben nicht nur mit „Hochdruck“ den Haushalt erarbeitet, Sie haben auch noch die Zeit gefunden, uns Gemeinderäte im Rahmen einer Klausurtagung, im kleinen Dialog oder im persönlichen Gespräch den Haushaltsentwurf zu erläutern.

Die CDU-Fraktion bedankt sich bei den Fraktionen für die konstruktive Zusammenarbeit. Erinnern wir uns daran, warum wir hier sitzen: Wir lieben unseren Ort, und wir wollen, dass er lebenswert bleibt.

Die CDU-Fraktion bedankt sich bei unserem Bürgermeister Herrn Thomas Nowitzki, der stets auch nach anderen Wegen Ausschau hält. Wege des aktiven Handelns, der konsequenten Fördermittelakquise und des „Machens“.

In diesem Sinne stimmt die Oberderdinger CDU-Gemeinderatsfraktion dem Haushalt 2026 und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe „Abwasserbeseitigung“ und „Stadtwerke Oberderdingen“ zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Brigitte Harms-Janssen

Fraktionssprecherin Gemeinderatsfraktion CDU

Oberderdingen 24. Februar 2026